

Zwei Gegner, ein Problem

Volker Perthes kommentiert die Zeichen von Annäherung zwischen Iran und den USA.

Iran und die USA bleiben weiterhin Antagonisten. Sie verfolgen im Nahen Osten, am Golf und im Irak nicht nur unterschiedliche, sondern vielfach konträre Ziele. Aber sie haben, zumindest was den Irak betrifft, ein gemeinsames Problem. Für Washington würde der drohende Zerfall des Iraks nicht nur das Irak-Abenteuer des George W. Bush, sondern auch den Abzug aller Truppen aus dem Irak durch Barack Obama diskreditieren. Für Teheran wäre eine Festsetzung radikaler, antischiitischer und antiiranischer Dschihadisten in angrenzenden Teilen des Iraks eine sicherheitspolitische Herausforderung ersten Grades.

Beide, Teheran und Washington, erleben zudem die Bedrohung eines Verbündeten: Der irakische Ministerpräsident Nouri al-Maliki war der Kandidat sowohl Irans als auch der USA. Beide mussten erfahren, dass Maliki ihre langjährige, nahezu bedingungslose Unterstützung genutzt hat, um sich als zunehmend autoritärer Herrscher zu gerieren und, schlimmer noch, den Aufbau eines inklusiven politischen Regimes zu vermeiden. Stattdessen hat er große Teile der Bevölkerung ausgegrenzt, die durchaus bereit gewesen wären, mit ihm zusammenzuarbeiten. Das gilt nicht nur für sunnitische Eliten, mit denen er vor vier Jahren noch eine Koalition mit parlamentarischer Mehrheit schmiedete, und für die sunnitischen Stammesmilizen, sondern auch für säkulare Kräfte der urbanen Mittelschicht.

Natürlich spielen auch externe Faktoren bei der Destabilisierung des Iraks eine Rolle. Der Fall Mossul und der Versuch der Dschihadisten des sogenannten "Islamischen Staates im Irak und in Syrien" (ISIS), ein zusammenhängendes Gebiet im Norden und Westen des Iraks und im Nordosten Syriens unter Kontrolle zu bringen, macht deutlich, dass der syrische Bürgerkrieg sich nicht mehr eindämmen lässt. Er hat die Grenzen überschritten und stellt die regionale Staatenordnung infrage.

Die Ursache für den relativ leichten Erfolg des ISIS in den sunnitisch-arabischen Regionen des Iraks aber liegt in Bagdad: Wenn die Regierung Sunniten und säkulare Kräfte nicht marginalisiert, sich nicht nur auf eine enge, konfessionell definierte schiitische Klientel gestützt hätte, wäre der irakische Staat resilienter. Höchstwahrscheinlich hätten Armee- und Polizeieinheiten sich dann nicht widerstandslos aufgelöst. Auch hätten die radikalen Islamisten des ISIS nicht so leicht Unterstützung bei anderen sunnitischen Kräften, darunter Kadern der alten Regimepartei Saddam Husseins, Stammesführern und Armeeoffizieren mobilisieren können.

Die militärische Situation bleibt vorerst offen. Irakische Regierungstruppen und -milizen dürften in der Lage sein, die Hauptstadt gegen ein Einrücken der ISIS-Brigaden zu schützen. Mit Hilfe amerikanischer Drohneneinsätze oder iranischer Militärberater wird man wahrscheinlich auch die

eine oder andere Stadt zurückerobern. Aber die politische Autorität Bagdads wird damit noch nicht wiederhergestellt.

In Teheran und Washington weiß man, dass jede Hilfe für Maliki gegen den Vormarsch von ISIS fruchtlos bleiben wird, wenn der irakische Staat nicht gleichzeitig Glaubwürdigkeit und Legitimität zurückgewinnt. Dies wird nur gehen, wenn auch den arabischen Sunniten und säkularen Kräften Teilhabe ermöglicht wird und die föderalistischen Bestimmungen der Verfassung respektiert werden, ohne die die schon jetzt die autonome kurdische Region nicht im Staatsverband zu halten sein wird.

Solange Maliki sich sicher ist, dass er die Unterstützung Amerikas oder Irans und im Zweifelsfall beider hat, wird er seine Politik kaum ändern. Deshalb werden beide, Teheran und Washington, ihm und den anderen politischen Kräften signalisieren müssen, dass sie künftig nur eine inklusive Regierung - mit oder ohne Maliki - unterstützen werden, die den pluralistischen Charakter des Landes auch in der institutionellen Machtverteilung reflektiert.

Eine pragmatische Annäherung zwischen Washington und Teheran ist möglich, aber nicht gesichert. In der iranischen Politik hat sich seit der Wahl von Hassan Ruhani zum Präsidenten zwar nicht alles, aber vieles verändert. Die Außenminister Irans und der USA telefonieren und mailen mittlerweile regelmäßig. Ruhani hat sich öffentlich bereiterklärt, mit den USA bei der Wiederherstellung von Sicherheit im Irak zusammenzuarbeiten. Umgekehrt weiß man in den USA, dass die Einwirkungsmöglichkeiten auf jede Regierung in Bagdad begrenzt bleiben werden, wenn man den dortigen Einfluss Irans nicht berücksichtigt.

Realistischerweise sollte man hier kein gemeinsames Vorgehen, sondern bestenfalls eine Absprache oder Koordination der Hilfen für die irakische Regierung erwarten. Denn das Misstrauen zwischen Teheran und Washington bleibt tief.

In Iran agitieren vor allem konservative Kräfte gegen alles, was nach einer Wiederversöhnung mit den USA aussieht. Dabei geht es nicht nur um die Aufrechterhaltung antiimperialistischer Ideale. Vielmehr weiß man auch in diesem Lager, dass innenpolitisch wenig so populär wäre wie eine Öffnung zu den USA. Eine erfolgreiche Annäherung zwischen Teheran und Washington würde deshalb die Pragmatiker und Reformer um Präsident Ruhani stärken und wohl auch innenpolitische Öffnungsschritte nach sich ziehen.

In den USA wird Iran heute zwar nicht mehr zum gefährlichsten Feind Amerikas stilisiert. Aber auch für die Obama-Regierung bleibt Teheran ein Gegner, der das Existenzrecht Israels negiert, die libanesische Hisbollah und das syrische Regime unterstützt und mit den USA um Einfluss in der Region konkurriert. Was für eine pragmatische Zusammenarbeit spricht, ist vor allem das geteilte Interesse, einen Zusammenbruch des Iraks zu verhindern und die Einsicht, dass Iran, bei aller ideologischen und geopolitischen Gegnerschaft, einer der wenigen einflussreichen, stabilen Staaten in der Region ist.

Washington muss sich gleichzeitig bemühen, Saudi-Arabien, dem anderen großen Nachbarn Iraks, deutlich zu machen, dass eine pragmatische Koordination zwischen den USA und Iran nicht auf Kosten der Sicherheitsinteressen der arabischen Golfanrainer geht. Nur dann wird man den Verbündeten in Riad auch erklären können, dass die irakische Situation sich nicht für Nullsummenspiele zwischen Schiiten und Sunniten eignet.

Die vorsichtige iranisch-amerikanische Annäherung steht zwar inhaltlich nicht im Zusammenhang

mit den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm; die beiden Prozesse werden sich aber, positiv oder negativ, beeinflussen. So hilft es durchaus, dass Washington und Teheran im Rahmen der Nuklearverhandlungen mittlerweile in fast täglichem Kontakt miteinander stehen. Umgekehrt könnte die Bereitschaft, gemeinsame Interessen im Irak öffentlich einzugestehen oder gar das Vorgehen dort zu koordinieren, die Gesprächsatmosphäre bei den Nuklearverhandlungen verbessern. Dennoch wird es schwierig werden, bis Mitte Juli ein Abkommen zu erreichen, das den Nuklearstreit beendet. Denn der Abstand bei den Sachfragen ist noch groß.

Die jeweiligen Interessen sind klar: Für Iran steht die internationale Anerkennung seines Rechts, Uran anzureichern, und die Aufhebung der Sanktionen im Vordergrund. Für die sechs Mächte, die mit Iran verhandeln, ist eine Begrenzung iranischer Anreicherungsaktivitäten wichtig, um einen "Ausbruch" in Richtung einer militärischen Nutzung unmöglich oder zumindest schwierig und langwierig zu machen. Umstritten ist deshalb vor allem der Umfang des Nuklearprogramms, das Iran nach einem Abkommen legal betreiben kann. Teheran besteht darauf, dass seine "praktischen Bedürfnisse" eine weitere Zunahme der bereits installierten Kapazitäten rechtfertigen; Washington und die Sechsergruppe verlangen eine Reduktion.

Wenn die Verhandlungen letztlich an der Zahl der Zentrifugen scheitern sollten, wäre dies eine diplomatische Niederlage und eine weitere verpasste Gelegenheit im elfjährigen Ringen um eine Beilegung des Nuklearstreits. Iran würde dann sehr wahrscheinlich seine Zentrifugenproduktion hochfahren und die nach dem Interimsabkommen vom November eingestellte Anreicherung von Uran wieder aufnehmen. Gleichzeitig dürften wir eine innenpolitische Radikalisierung in Iran erleben. Die westlichen Staaten würden rasch mit einer Verschärfung ihrer Sanktionen reagieren; selbst eine militärische Konfrontation zwischen Iran und den USA wäre nicht ausgeschlossen. Die Perspektive einer Zusammenarbeit zur Beruhigung der Lage im Irak und in der Region würde sich dann als Fata Morgana erweisen.

Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie erreichen ihn unter:

gastautor@handelsblatt.com

”

Eine erfolgreiche Annäherung zwischen Teheran und Washington würde die Reformer um Präsident Ruhani stärken.

”

Seit der Präsidentenwahl in Iran hat sich vieles verändert. Die Außenminister Irans und der USA telefonieren und mailen mittlerweile regelmäßig.

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de